

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Gemeinderats der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 16. Februar 2017

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Oberbürgermeister Jörg Lutz als Vorsitzender
Stadträtinnen und Stadträte:	Bachmann-Ade, Berg, Bernnat, Böhringer, Claassen, Cyperrek, Denzer, Escher, Glattacker, Herzog, Heuer, Höfler, Kiefer, Koesler, Krämer, Kurfeß, Lindemer, Lusche, Martin, Oehler, Pichlhöfer, Roßkopf, Salinas de Huber, Schlecht, Simon, Sommer, Dr. Vogelpohl, Wiesiollek (ab 18.00 Uhr)
Entschuldigt:	Di Prima, Salach, Vogel, Werntaler,
Ferner:	Fachbereichsleiterin Baldus-Spinger Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer Fachbereichsleiter Dullisch Fachbereichsleiter Frick (bis 19.30 Uhr) Fachbereichsleiter Kleinmagd Fachbereichsleiter Sproß (bis 20.30 Uhr) Herr Dieterle, FB Jugend/Schulen/Sport Herr Gentzsch, Dreiländermuseum (bis 19.35 Uhr) Herr Lüers, EB Stadtwerke (bis 19.00 Uhr)
Urkundspersonen:	Stadträtin Bachmann-Ade und Stadtrat Denzer
Schriftführung:	Frau Heinze und Herr Ockenfuß
Beginn:	17.30 Uhr
Ende:	19.45 Uhr

TOP 1

Zentralklinikum Lörrach - Standort Entenbad "Kombilösung" - Verlegung L 138 - Kosten

Vorlage: 019/2017

sowie

TOP 2

Zentralklinikum Lörrach - Anbindung an den ÖPNV+SPNV

Vorlage: 020/2017

Auf Antrag von Stadtrat Lusche werden die beiden Tagesordnungspunkte gemeinsam behandelt.

Der Vorsitzende stellt das Anliegen beider Tagesordnungspunkte vor und verweist auf die aktuelle Präsenz des Themas Zentralklinikum.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdic veranschaulicht und erläutert die geplante Verlegung der L 138 sowie die Anbindung des Standortes an den ÖPNV (Anlage 1). Sie verdeutlicht, dass durch die Straßenverlegung ausreichend Fläche für die Realisierung des Zentralklinikums am Standort Entenbad geschaffen werde. Sie geht auf die Reihenfolge der Umsetzungsschritte, die Zuständigkeiten und die Kostentragung hierzu ein. Des Weiteren weist sie darauf hin, dass der Standort unmittelbar an der Regio-S-Bahnstrecke liege und die technische Einrichtung eines eigenen Haltepunktes für möglich gehalten werde. Bis zur Realisierung sei ein Shuttlebusservice zur Anbindung an den lokalen Busverkehr denkbar.

Stadtrat Lusche erklärt, dass die CDU-Fraktion hinter dem Lörracher Standortvorschlag und -angebot stehe und daher auch den beiden Beschlussvorlagen folgen werde. Man müsse sich bewusst sein, dass die Kosten für Jahre getragen werden müssten und sich von der Höhe her auch noch verändern können. Er macht zudem deutlich, dass die Entscheidung für ein Zentralklinikum vom Landkreis getroffen worden sei. Er stimmt einem weiteren Bahnhaltepunkt und dem Shuttlebusservice zur Überbrückung zu. Er bittet die neue Sachlage in Bezug auf die Auswirkungen auf die Mobilitätsdrehzscheibe am Zoll gegenüber der IBA zu kommunizieren.

Stadtrat Schlecht teilt mit, dass auch die SPD-Fraktion für den Klinikstandort Lörrach sei. Er geht auf die Vorteile und Rahmenbedingungen ein. Die vorgestellten Straßen- und verkehrlichen Änderungen sowie das finanzielle Engagement seien sinnvoll. Er erwähnt, dass die Straßenverlegung unabhängig von der aktuellen Entwicklung schon lange Thema gewesen sei. Im Namen seiner Fraktion stimmt er den Beschlussvorlagen zu und mahnt an, dass die guten Beziehungen unter den Gemeinden nicht durch die Klinikstandortfrage beeinträchtigt werden dürften.

Stadträtin Kurfeß geht auf die Bewertungsmatrix des Kreistages zu den drei Standortvorschlägen ein. Das Meinungsbild in der Bevölkerung werde jeweils durch die räumliche Nähe zu den Standorten geprägt. Sie geht auf die Überlegungen und die Entstehung des

jetzigen Standortvorschlags der Stadt Lörrach ein. Die gestoppte Entwicklung des Gewerbegebiets im Entenbad sei in der Rückschau richtig gewesen. Sie kritisiert die Haltung der Stadt Schopfheim und spricht sich gegen eine Aufschiebung des Kreistagsbeschlusses aus. Sie appelliert an den Vorsitzenden, auf das Abstimmungsverfahren bei der Standortentscheidung zu achten.

Im Namen der Freien Wähler spricht sich Stadtrat Claassen ebenfalls für ein Zentralklinikum am Standort Lörrach aus. Hinter dem Standortvorschlag stehe ein intensiver Prüfprozess. Auch er lehne die Aufschiebung der Kreistagsentscheidung ab, da die Zeit laufe. Er erklärt, dass der 15-Minuten-Takt der Regio-S-Bahn bereits lange gefordert werde und seine Fraktion den Vorlagen zustimme.

Stadtrat Berg spricht den geplanten Haltepunkt Zollweg und den 15-Minuten-Takt an. Er fragt, ob dieser nun in Gefahr sei.

Der Vorsitzende informiert über ein Schreiben des Verkehrsdepartementes, wonach die Realisierung der Busschleife auf Schweizer Seite nicht mehr angedacht werde. Dieses Signal aus Basel könne nicht außer Acht gelassen werden.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdic erklärt, dass die Forderung der Taktverdichtung eine Diskussion über den Haltepunkt Zollweg ausgelöst habe. Sie berichtet von einer aktuellen Sitzung aller Beteiligten hierzu. Man werde am Haltepunkt Zollweg weiter arbeiten. Sollte jedoch nur ein zusätzlicher Bahnhalt möglich sein, würde man den Haltepunkt am Zentralklinikum favorisieren.

Der Vorsitzende pflichtet bei, dass die Stadt weiterhin an der grenzüberschreitenden Arbeit interessiert sei und das Vorhaben nicht aufgeben. Des Weiteren spricht er sich auch gegen eine Aufschiebung des Kreistagsbeschlusses aus. Er stellt die beiden Tagesordnungspunkte separat zur Abstimmung.

zu TOP 1:

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die Landstraße L138 wird im Bereich Entenbad-Ost nach Norden verlegt, um so eine ausreichend große Fläche für das neue Zentralklinikum zu generieren.
2. Die Kosten
 - der Straßenverlegung (1) – Straßenneubau inkl. Radweg
 - des Baus der Anschlussstelle an die Querspange zur B 317 (2) sowie den Kostenanteil am neuen Kreuzungspunkt (Kreisel) für den Straßenast in Richtung Hauingen (3)
 - des gemeindlichen Kostenanteils zum Anschluss an die alte L 138 - wenn der Abschnitt Stufe I notwendig wird (4)
 - des gemeindlichen Kostenanteils für die Abfahrt zum geplanten Zentralklinikum (Ast vom Kreisel) (5)

- sowie den Rückbau der „alten“ L 138 (6)

in Höhe von 2,2 Mio. Euro (+/- 30%) werden von der Stadt Lörrach getragen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, mögliche Fördergelder dazu nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz dafür zu beantragen.

zu TOP 2:

Der Gemeinderat fasst einstimmig bei 1 Enthaltung folgenden Beschluss:

1. Die Stadt Lörrach bindet das Zentralklinikum in den lokalen Busverkehr ein, z.B. über einen Shuttlebus vom nächstgelegenen Regio-S-Bahn-Halt am Bahnhof Brombach / Hauingen bis zum Zentralklinikum, wenn bis zur Eröffnung des Klinikums der neue S-Bahn-Haltepunkt „Zentralklinikum“ noch nicht fertig gestellt sein sollte.
2. Eine weitere Einbindung des Zentralklinikums in das Busnetz der Stadt Lörrach wird realisiert und eine Einbindung in das regionale Busnetz angestrebt.
3. Die Stadt Lörrach behandelt den Regio-S-Bahn-Haltepunkt „Zentralklinikum“ prioritär vor anderen Projekten entlang der Regio-S-Bahn, insbesondere auch vor dem möglichen Haltepunkt „Zollweg“.

TOP 3

Standort Neubau Museumsdepot

(Interfraktioneller Antrag vom 29.11.2016)

Vorlage: 234/2016

Der Vorsitzende führt in den Tagesordnungspunkt ein. Ein Museumsdepot sei keine „Belle Etagé“, sondern müsse funktional angelegt sein. Zudem müsse die Stadt die Konsolidierung des Haushalts klar im Blick behalten. Eine erste Kostenschätzung ergab, dass die Stadt bei dem Bau eines einfachen, funktionalen Museumsdepots mit Kosten von rund 2,5 Millionen Euro, beim Bau eines hochwertigen, stadtplanerisch anspruchsvollen Museumsdepots mit Kosten in Höhe von rund 3,5 Millionen Euro rechnen müsse. Ein Schaulager setze zudem auch voraus, dass weitere, besondere Ausstellungen dort gezeigt würden. Dies sei für die Stadt in der momentanen Situation absolut nicht leistbar. Deshalb schlage die Verwaltung vor, kostengünstig und funktional zu bauen.

Fachbereichsleiter Frick stellt anhand einer Präsentation die Grundlagen zur Standortüberlegung hinsichtlich des Neubaus eines Museumsdepots im Aichelepark beziehungsweise am Standort Hugenmatt vor (Anlage 2). Er betont, dass der Aichelepark in seiner Sachgesamtheit unter Denkmalschutz stehe. Die Eigentumsverhältnisse seien zudem kompliziert.

Stadträtin Höfler führt aus, dass die Fraktion der CDU mit dem Standortvorschlag Hugenmatt nicht glücklich sei. Sie habe sich die Prüfung eines Baus des Depots im Aichelepark gewünscht. Dem Gemeinderat müssten belastbare Zahlen vorgelegt werden. Man verfüge über keine soliden Entscheidungsgrundlagen. Sie frage sich, warum die Verwaltung den Standort Hugenmatt favorisiere. Indes finde sie es schade, dass der interfraktionelle Antrag in seiner ursprünglichen Form aufgegeben werde. Außerdem frage sie, ob wirklich ein zeitlicher Druck hinsichtlich eines Neubaus bestehe.

Stadtrat Bernnat führt aus, dass der ursprüngliche Antrag Charme gehabt habe. Man müsse aber vordringlich die Kosten für die Stadt im Blick behalten. Er wolle sich klar für den Standort Hugenmatt aussprechen und frage sich, was belastbare Zahlen denn nützen würden. Er wolle wissen, mit welchen zeitlichen und finanziellen Auswirkungen man bei den beiden Standorten rechnen müsse und welche Ergebnisse sich aus einem artenschutzrechtlichen Gutachten ergeben würden. Der Bau des Depots würde mit Sicherheit einen harten Eingriff in den Park bedeuten. Ein zweigeschossiger Bau sei zudem nicht funktional. Gerade beim Museum sei im Rahmen der Haushaltskonsolidierung vieles eingestrichen worden. Die Einrichtung eines Schaudepots verursache zudem hohe Folgekosten. Diese seien für die Stadt nicht leistbar.

Stadträtin Kurfeß befindet, dass der interfraktionelle Antrag eher ein Prüfauftrag gewesen sei. Sie sei zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht davon ausgegangen, dass die Realisierung des Museumsdepots im Aichelepark einen derart großen Eingriff in den Park bedeuten würde. Der Baumbestand würde durch den Bau erheblich reduziert. Den interfraktionellen Antrag hätte sie auf Basis dieser Informationen nicht mehr unterstützt. Ihrer Meinung nach bedürfe es in der Sache keiner weiteren Prüfung. Sie wolle daher dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen. Am Standort Hugenmatt könne ein funktionales Depot errichtet werden. Den Aichelepark solle man sich für ein geeigneteres Vorhaben bewahren.

Stadtrat Claassen äußert seine Unzufriedenheit mit der Vorlage. Das Thema Doppelstöckigkeit könne durchaus angedacht werden. Die Realisierung der Maßnahme im Aichelepark halte er weiterhin für sinnvoll. Er wolle wissen, unter welchen Voraussetzungen die Denkmalschutzbehörde dem Vorhaben zustimme. Er wisse zudem, dass ein Teil der Fläche im Park der Stadt gehöre. Auf dieser Fläche müsse der Bau errichtet werden. Er wolle außerdem nicht auf einen Mäzen warten, sondern die Stadt müsse sich einen finanzkräftigen Partner suchen. Es brauche unbedingt ein Nutzenkonzept. Ein Schaulager könne indes auch ohne Personaleinsatz funktionieren. Hier müsse die Stadt kreativ sein. Man müsse den Aichelepark beleben. Der Bebauungsplan lasse entsprechende Bauten zu. Außerdem könne man im Sanierungsgebiet eine Förderung in Höhe von 20 Prozent erhalten. Man müsse hier ein Leuchtturmprojekt für Lörrach und die Region realisieren. Hier müssten trinationale Akteure sowie die städtische Wirtschaftsförderung eingebunden werden. Er werde der Vorlage in dieser Form nicht zustimmen.

Stadtrat Böhringer weist darauf hin, dass auf den Abbildungen die Zufahrt nicht abgebildet sei.

Stadtrat Schlecht betont, dass der interfraktionelle Antrag sinnvoll gewesen sei. Der Antrag habe die Thematik Museumsdepot nach vorne befördert. Zudem lägen neue, wesentliche Erkenntnisse vor. Er wolle den Vorschlag der Verwaltung unterstützen. Baurechtliche Fragestellungen sollten bis Ende des Jahres geklärt werden. Den Standort Hugenmatt halte er für sinnvoll. Einen derart großen Eingriff in den Aichelepark wolle er nicht unterstützen. Auch finanziell könne sich die Stadt ein solches Vorhaben nicht leisten. Er wolle sich für ein funktionales Depot am Standort Hugenmatt aussprechen.

Stadtrat Oehler erklärt, dass die Argumente der Verwaltung überzeugt hätten. Die Realisierung des Vorhabens am Standort Hugenmatt müsse nun schnell umgesetzt werden.

Stadtrat Escher vertritt die Auffassung, dass die Vorlage nicht die Forderungen aus dem interfraktionellen Antrag bediene und ihm völlig fremd sei. Er weist darauf hin, dass man die Förderzuschüsse in Höhe von 20 Prozent am Standort Hugenmatt nicht erhalte. Er stellt fest, dass der Standort Aichelepark den Vorteil habe, dass das Museum sich in unmittelbarer Nähe zu diesem Standort befinde. Es wäre angebracht gewesen, wenn die Verwaltung die Kosten für den Neubau an beiden Standorten richtig dargestellt hätte.

Stadträtin Cyperrek verweist ebenfalls auf die Nähe des Aicheleparcs zum Museum. Sie halte ein Schaulager ebenfalls für richtig und auch für gestaltbar.

Stadtrat Koesler hält eine günstige Lösung für die richtige Lösung. Das Depot solle am Standort Hugenmatt gebaut werden. Den Aichelepark solle man sinnvoller nutzen.

Der Vorsitzende führt aus, dass der Gemeinderat die Entscheidungshoheit besitze. Der Gemeinderat solle aber auch die Meinung der Verwaltung achten. Der Standort Aichelepark wurde auch hausintern diskutiert. Man sehe in der Verwaltung aber klare Vorteile am Standort Hugenmatt. Gerade die Finanzen stünden bei den Überlegungen klar im Vordergrund. Auch ökologische Gründe sprächen für den Standort Hugenmatt. Er könne sich das Depot nicht im Aichelepark vorstellen. Dort brauche es langfristig eher eine Orangerie oder ein Teehaus. Er bittet auch dahingehend um Verständnis, dass die Fachbereiche Stadtentwicklung und Stadtplanung sowie Grundstücks- und Gebäudemanagement momentan personell an ihre Grenzen stoßen würden. Ein tiefer Einstieg in Planungen und Berechnungen binde sehr stark personelle und finanzielle Kapazitäten, auch durch weitere, momentan anstehende Projekte wie das Postareal oder das Zentralklinikum. Der Standort Hugenmatt werde von der Verwaltung klar favorisiert.

Fachbereichsleiter Frick gibt an, dass sehr wohl ein zeitlicher Druck hinsichtlich des Neubaus des Depots bestehe. Man wolle versuchen, die Übergangszeit von drei Jahren einzuhalten. Diese Zeit brauche man aber auch. Eine grundlegende Prüfung brauche mehr als zwei Monate. Der Park sei insgesamt sehr komplex. Es gebe auch Vorteile am Standort Aichelepark und eine Lösung dort hätte auch Charme. Die Detailprüfung binde jedoch stark zeitliche Ressourcen und eine Kostenprüfung könne man nur auf Basis einer detaillierten Bauplanung erstellen. Zudem stünden die Gebäude in ihrer Gesamtheit unter Denkmalschutz. Die Nähe des Aicheleparcs zum Museum könne jedoch nicht als Hauptargument geführt werden. Diese Nähe sei keine notwendige Voraussetzung. In einem

Schaudepot sei es indes nicht ausreichend, einfach aufzustellen. Das Dreiländermuseum sei kein Kunstmuseum mit international renommierten Kunstobjekten, sondern ein überregional ausgerichtetes regionalgeschichtliches Museum, dessen Ausstellungen nur in einem geschichtlichen Kontext verständlich und attraktiv seien. Im Aichelepark brauche es jedenfalls eine lichte, schlanke Gestalt eines Baus, während ein Depot einen schlichten und funktionalen Bau erfordere.

Der Vorsitzende ergänzt, dass beispielsweise in Freiburg auch lange Wege zwischen dem Depot und dem Museum lägen.

Stadtrat Pichlhöfer bittet um eine zehnminütige Sitzungsunterbrechung.

Sodann wird die Sitzung von 19.05 bis 19.15 Uhr unterbrochen.

Der Vorsitzende eröffnet sodann wieder die Beratung.

Stadtrat Claassen stellt einen Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes sowie auf Prüfung der Möglichkeit, an der Stelle der früher vom Technischen Hilfswerk genutzten Gebäude ein doppelstöckiges Museumsdepot zu errichten. Er wünsche eine Vorlage, welche Aspekte des Denkmalschutzes sowie die möglichen Baukosten aufarbeite.

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag von Stadtrat Claassen mehrheitlich zu.

TOP 4

Einführung eines umweltfreundlichen Kaffeebechers (Antrag der SPD-Fraktion vom 20.12.2016) Vorlage: 012/2017

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor und berichtet, dass der beantragte, umweltfreundliche Kaffeebecher bereits in Freiburg eingesetzt werde und nach diesen Erfahrungen mit Kosten von ca. 10.000 EUR zu rechnen sei. Neben den Kosten sei auch der Personalaufwand vom Fachbereich Umwelt und Klimaschutz nicht leistbar. Daher schlage man vor, sich mit Pro Lörrach und dem BUND zusammenzusetzen. So könnten zunächst eigene Kaffeebecher in die Geschäfte mitgebracht und Mittel in den Haushalt 2018 eingestellt werden.

Stadträtin Cyperrek erklärt, dass sie froh über die ergänzenden Ausführungen und die Bewegung in der Sache sei. Der Freiburger Weg sei ein gutes Vorbild. Der dargestellte Kompromiss müsse sich jedoch in der Beschlussformulierung wiederfinden. Sie macht hierzu einen Vorschlag.

Stadträtin Sommer spricht sich für einen ressourcenschonenden Umgang aus, gleichwohl sei die Einführung umweltfreundlicher Kaffeebecher nicht Aufgabe der Stadt Lörrach. Die CDU-Fraktion lehne daher den Antrag ab.

Die angestoßene Diskussion sowie die Unterstützung des BUND und weiterer bürgerschaftlicher Initiativen zu der Thematik, werden von Stadträtin Wiesiollek begrüßt.

Stadtrat Claassen schließt sich dem an.

Stadtrat Lusche erklärt, dass er die vorgeschlagene neue Beschlussformulierung mittragen könne. Er sei sich zudem bewusst, dass die Stadtverwaltung stark ausgelastet sei, dies aber nicht ständig als Argument angeführt werden dürfe und inhaltliche Diskussionen verhindere.

Der Vorsitzende sieht einen breiten Konsens zu dem von Stadträtin Cyperrek neu formulierten Beschlussvorschlag und stellt diesen somit zur Abstimmung.

Der Gemeinderat fasst einstimmig bei 1 Enthaltung folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung:

1. die Erfahrungsberichte anderer Kommunen einzuholen und ggf. gemeinsame Synergieeffekte zu nutzen,
2. gemeinsam mit bürgerschaftlichen Gruppen und den Händlern, die sich beteiligen wollen und mit Pro Lörrach, die für Lörrach praktikabelste Lösung auszuwählen und
3. dem Gemeinderat dann eine neue Vorlage vorzulegen, um über eine weitere personelle und finanzielle Ressourcenbereitstellung zu entscheiden.

TOP 5

Gemeinsamer Flächennutzungsplan 2022

Oberzentrum Lörrach - Weil am Rhein,

Teilraum Verwaltungsgemeinschaft Lörrach- Inzlingen

"Änderung 2" des Flächennutzungsplans - Einleitungsbeschluss

Vorlage: 235/2016

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Für den gültigen Flächennutzungsplan des Gemeindeverwaltungsverbandes Lörrach-Inzlingen 2022 ist für den in Anlage 2 der Beschlussvorlage dargestellten Bereich eine Planänderung einzuleiten.
2. Der Einleitungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitigen Beteiligungsverfahren gemäß § 3 (1) und § 4 (1) BauGB durchzuführen.

TOP 6

Aufhebung des Bebauungsplanverfahrens "Hugenmatt III"

Bebauungsplan "Gewerbegebiet Brombach-Ost" - Aufstellungsbeschluss

Vorlage: 238/2016

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Das Bebauungsplanverfahren mit Örtlichen Bauvorschriften „Hugenmatt III“ mit Aufstellungsbeschluss vom 03. Juli 2014 wird aufgehoben.
2. Für das in Anlage 1 der Beschlussvorlage umgrenzte Gebiet ist der Bebauungsplan mit Örtlichen Bauvorschriften Gewerbegebiet „Brombach-Ost“ aufzustellen.
3. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

TOP 7

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

7.1 Zentralklinikum des Landkreises Lörrach – Grundstücksangebot

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass der Gemeinderat in der vergangenen Sitzung nicht-öffentlich einen Beschluss darüber gefasst habe, dem Landkreis Lörrach im „Entenbad“ (bisheriges Gewerbegebiet Entenbad-Ost) eine Nettofläche von etwa 8,5 Hektar zum Bodenrichtwert von 130,00 Euro für voll erschlossenes Bauland zum Kauf anzubieten.

7.2 Anfrage Stadtrat Heuer wegen Bauanträgen in Lörrach

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić gibt bekannt, dass im Erfassungszeitraum vom 1. Januar 2015 bis zum 22. November 2015 insgesamt 25 Wohneinheiten im Einfamilien- und Doppelhausbau sowie 127 Wohneinheiten im Mehrfamilienhausbau genehmigt worden seien. Im Erfassungszeitraum vom 22. November 2015 bis 11. November 2016 wurden 31 Wohneinheiten im Einfamilien- und Doppelhausbau sowie 165 Wohneinheiten im Mehrfamilienhausbau genehmigt. Dies entspricht einer Zunahme der Genehmigungen von rund 20 Prozent.

Der Vorsitzende gibt an, dass die Schaffung von rund 250 Wohneinheiten jährlich das Ziel sei.

TOP 8

Allgemeine Anfragen

8.1 Baustelle Brühlstraße

Stadtrat Oehler merkt an, dass die Baustelle in der Brühlstraße eine Zumutung für den Verkehr darstelle. Er wolle wissen, wann die Situation entschärft wird. Er unterbreitet einen technischen Lösungsvorschlag.

Fachbereichsleiter Dullisch erklärt, dass dieser Vorschlag aus Gründen der Verhältnismäßigkeit und Sicherheit nicht umsetzbar sei. Es bestünden Ausweichmöglichkeiten für die Fußgänger. Oberstes Ziel sei es, weiterhin einen geordneten Verkehrsabfluss beim Bahnübergang zu gewährleisten.

8.2 Brücke Haagen-Brombach (Eisenbahnstraße)

Stadtrat Lusche wolle wissen, was es mit den angekündigten Bauarbeiten an der Brücke zwischen Haagen und Brombach auf sich habe. Er fragt, ob hohe Kosten auf die Stadt zukommen würden und ob die Maßnahme Auswirkungen auf den Verkehr habe.

Fachbereichsleiter Dullisch erläutert, dass die Übergangskonstruktion leichte Risse in der Stahlkonstruktion aufweise. Die Übergangskonstruktion müsse in zwei bis drei Jahren ausgetauscht werden. Dies werde erhebliche Kosten verursachen und eine Vollsperrung notwendig machen.

Der Vorsitzende fragt, wie lange die Brücke noch gesperrt sein werde.

Fachbereichsleiter Dullisch erklärt, dass die Brücke noch rund vier bis sechs Wochen gesperrt sein werde, um die Reparaturen durchzuführen.

8.3 Bauzaun Boulevard Belchenstraße

Stadträtin Cyperrek fragt, wie lange der Bauzaun in der Belchenstraße noch aufgestellt bleibe.

Fachbereichsleiter Dullisch führt aus, dass der Bauzaun noch bis Ende Juli/Anfang August stehen bleibe. Es brauche bisher noch eine Abgrenzung zu Gleis 4 des Bahnhofs und außerdem wolle man die Fertigstellung des Hotels abwarten.

8.4 Outsourcing Erstellung Bebauungspläne

Stadträtin Cyperrek gibt an, dass eine Tochterfirma der Badenova für Kommunen Bebauungspläne erstelle. Sie wolle wissen, ob man sich in der Verwaltung bereits Gedanken über ein solches Outsourcing gemacht habe.

Der Vorsitzende gibt an, dass die Verwaltung die Frage aufarbeiten und dann beantworten wolle.

TOP 9

Fragestunde der Bürger

keine

TOP 10

Offenlegungen

Der Gemeinderat nimmt von nachstehenden Offenlegungen Kenntnis:

- 10.1 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Stadt Lörrach am 26. Januar 2017
- 10.2 Annahme/Vermittlung von Kleinspenden vom Februar 2017
- 10.3 Stellungnahme des FB Straßen/Verkehr/Sicherheit vom 15. Februar 2017 auf Anfrage von Stadtrat Dr. Vogelpohl hinsichtlich der Parksituation Nördliche Spitalstraße

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:
gez. Lutz

Urkundspersonen:
(Unterschriften werden nachgeholt)

Schriftführung:
gez. Heinze / Ockenfuß